

# Asylfrage im Zeichen des roten Opportunismus

Die SPÖ-Spitze brauchte mit der Verurteilung der Abschiebung kosovarischer Zwillinge fast so lange wie Innenministerin Fekter mit der Zurücknahme der Ausweisung. Beschämend, findet man an der roten Basis.

Nikolaus Kowall

Drei Tage brauchte die SP-Spitze, um die Abschiebung der kosovarischen Zwillinge verbal zu verurteilen. Der SP-Sicherheitsprecher stellte sich kurz darauf bei der Abschiebung einer 14-jährigen Armenierin öffentlich hinter Maria Fekter. Und SP-Klubobmann Josef Cap sah keine Notwendigkeit, die Asylgesetzgebung zu ändern. Nicht das Gesetz sei schlecht, sondern der Vollzug desselben, so Josef Cap sinngemäß bei *Im Zentrum* im ORF.

Doch offensichtlich legen die Behörden seit vielen Monaten die Gesetze ungehindert so aus, dass Menschen, die sich voll in Österreich eingelebt haben, abgeschoben werden können. Der Parlamentarier Cap müsste seine Verantwortung wahrnehmen und eine mutige Gesetzesreform anpeilen, die einer allzu „Fekter’schen“ Auslegung des Vollzugs vorgiebt.

Doch aus Mangel an inhaltlicher Sattelfestigkeit und vor allem aus Angst vor den Blauen nimmt die SPÖ in der Asylfrage seit Jahren keine glasklare Gegenposition ein. Die Panik vor der FPÖ hat strategische Fragen überproportional in den Vordergrund gestellt. So war unmittelbar nach der Abschiebung der beiden achtjährigen Zwillinge SP-Intern zu hören, von großen Teilen der Bevölkerung gäbe es Applaus dazu. Doch genau hier muss es den Punkt geben, wo tatsächliche Fragen keine Rolle mehr spielen dürfen.

Eine Grenzziehung der Sozialdemokratie sagt: Passiere, wolle, diese rote Linie überschreite, dann kommst du nicht mehr rein. Man könnte getrost behaupten, dass sich in Österreich einiges ändern muss, damit alles beim Alten (inneren Frieden und Wohlstand) bleiben kann. Hannes Androsch, Ex-SPÖ-Spitzenpolitiker und erfolgreicher Industrielier, hat dazu in den Medien immer viel zu sagen. Zusätzlich gibt er jetzt einen „repräsentativen Prachtband“ bei der besten Adresse für Prachtbände, dem Verlag Brandstätter, heraus: *Österreich. Geschichte, Gegenwart, Zukunft*.

Vorweg: Der 600 Seiten starke, mit prachtvolem Fotomaterial (718 Abbildungen) angereicherte Foliant bietet eine gediegene Beschreibung Österreichs, wie es wurde und wie es ist: historisch, kulturell, wirtschaftspolitisch. Durchaus differenziert und auch kritisch, wofür die Auto-

ten wir nicht. Nicht aus taktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen. Kollidieren die Kernprinzipien in einer tagespolitischen Frage mit der Mehrheitsmeinung, dann haben erstere Vorrang. Die Sozialdemokratie ist nicht angetreten, um die Mehrheitsmeinung zu vertreten, sondern um die Welt zu verändern. Das bedeutet, Führungsstärke zu zeigen, wenn man einmal gegen den Strom schwimmt und sich auf Überzeugungsarbeit zu konzentrieren, falls man sich nicht durchsetzen konnte.

Aus prinzipiellen Gesichtspunkten ist die aktuelle Situation für Sozialdemokrathinnen glasklar: Es geht um die Wünsche, Hoffnungen und Existenzen von Menschen, die schon längere Zeit hier leben und sich an die hiesigen Gesetze halten. Nicht einmal die Nachbarn, die sonst schon skeptisch sind mit „den“ Fremden, aber jene, die nebenan wohnen, eben doch nett finden, fühlen sich gestört.

Ein altes Muster, das wir aus dem Antisemitismus kennen. Spiegelbildlich dazu gibt es welche, die die betreffende Familie gar nicht kennen aber sich trotzdem an ihr stoßen. Der in den Onlineforen mancher Medien verherrlichte, bisweilen erschreckend geifernde Hass ist nicht mehr politisch, sondern nur noch psychologisch erklärbar. Die abstrakt Hassenden und ihre politischen Einpeitscher sind die Einzigen, die gewinnen, wenn Personen, die schon länger da sind und sich gut eingelebt haben, gehen müssen.

Die betroffene Familie, die FreundInnen, die Nachbarn, Klassenkollegen, Arbeitgeber, die österreichische Demografie und die heimische Volkswirtschaft verlieren. Unglaublich, welchen Einfluss die Hasserrillten haben. Unglaublich, dass die SPÖ hier keinen roten Limes hochzieht.

Die Ministerin und ihre Exekutiv berufen sich auf den Rechtsstaat. Legalität ist das Resultat demokratischer Auseinandersetzungen. Derzeit gilt als legal, was vielen als ein exzessives Unrecht erscheint und es muss das Ziel sein, Legalität neu zu definieren. Mittels eines vernünftigen Bleiberechts, das nicht vom guten Will-

ren, darunter Anton Pelinka, Michael Frank oder Trautl Brandstätler sowie Androsch selbst, garantieren.

Die Zukunft kommt etwas zu kurz. Aber das Impressum des äußerst hochwertigen, schönen Bandes zeigt, womit wir im Zeichen der Globalisierung zu rechnen haben: *Printed in China* steht dort.

Immerhin: Michael Frank (*Süddeutsche Zeitung*) beschreibt uns, dass wir „mit Witz und Sinn für Nischen alte Strukturen so zu erneuern verstanden, dass sie heute, wiewohl noch immer schwer-

industriell, glänzend dastehen, selbst im globalisierten Wettbewerb“. *Hans Rauscher*

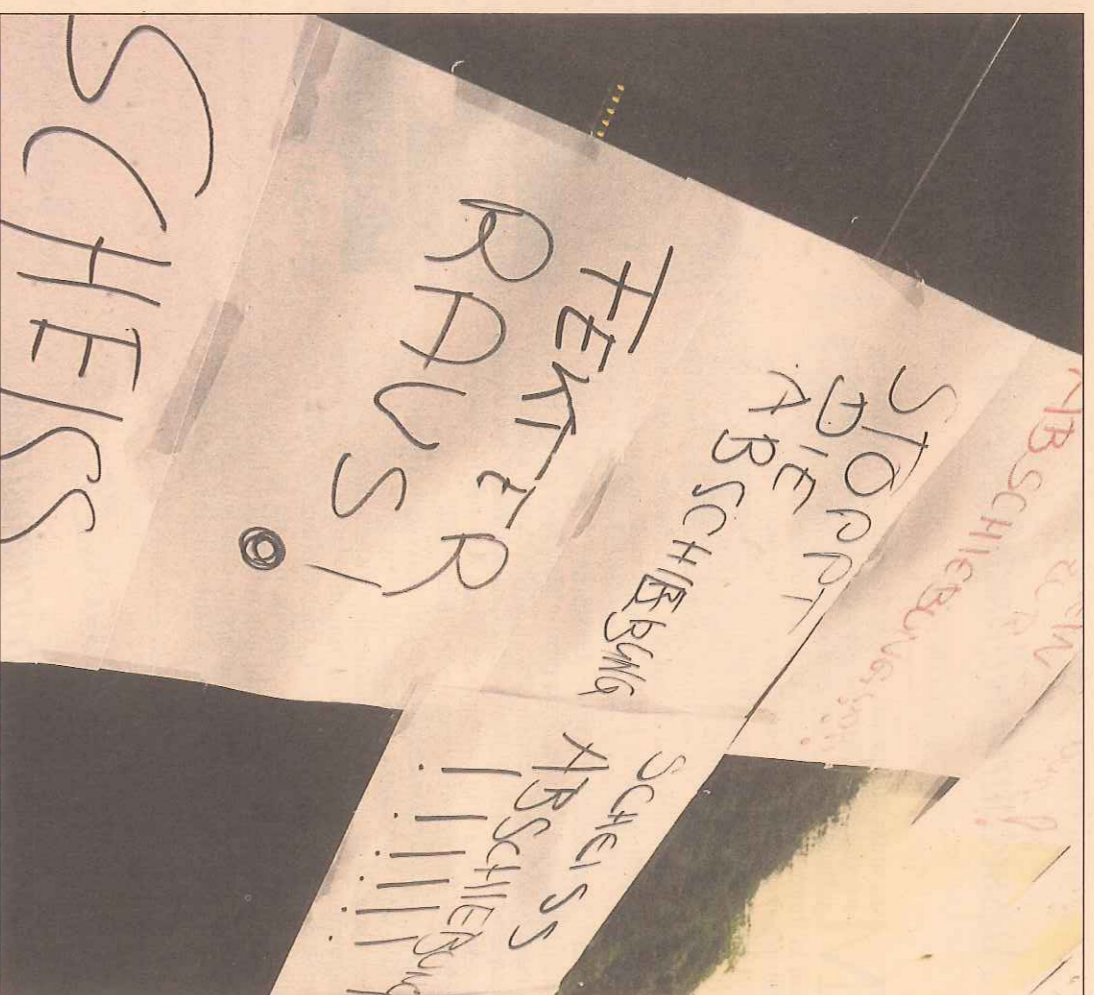
Hannes Androsch (Hrsg.): „Österreich, Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“, Wien 2010, Brandstätter, 600 Seiten, 49,50 Euro



Hannes Androsch (Hrsg.): „Österreich, Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“, Wien 2010, Brandstätter, 600 Seiten, 49,50 Euro

Schülerprotest gegen die versuchte Abschiebung

einer 14-jährigen in Wien: Die SPÖ sieht keinen Bedarf an einer Änderung der Fremden-gesetze. Was derzeit als legal gilt, wird von vielen jedoch als exzessives Unrecht empfunden. Foto: APA



len, ja der Willkür einer Behörde abhängt, sondern von taxativ aufgezählten Kriterien, die einen Rechtsanspruch erwirken.

Das von der Asylkoordination geforderte Niederlassungsrecht mit Zugang zum Arbeitsmarkt nach drei Jahren Aufenthalt in Österreich ist der Kern einer vernünftigen Forderung. Wirtschaftskammerpräsident Leitl schlägt mit einem generellen Bleibeerecht für Menschen die sich schon länger im Land aufhalten und sich nichts Grobes zuschulden kommen ließen, in eine ähnliche Kerbe. Ein solches haben bereits viele EU-Staaten vorexerziert. Das Bleibeerecht ist nicht nur menschlich, sondern spart auch viel Behördenarbeit für ein paar tausend Menschen, die in Summe bestenfalls ein paar Promille der österreichischen Bevölkerung ausmachen.

Doch viele handelnde Akteurrinnen in der SPÖ-Führung richten sich – wie das gesamte politische Establishment – instinktiv immer noch primär danach, woher der Wind weht. Sie agieren nur rudimentär auf Basis von Prinzipien. Die telegenen Kinder, die sogar Polizeichefs ab- und Ministernen zusetzen, bilden dabei nur die Spitze des Eisbergs. Viele Fälle, die medial weniger gut ausgeschaltet werden können, bleiben im Dunkeln. Trotzdem helfen die plakativen Schicksale: Offensichtlicher als durch die Fallbeispiele von abgeschobenen Kindern und Jugendlichen, die Wien, Steyr und Frankenburg als ihre Heimat betrachten, kann das Problem nicht verdeutlicht werden. Nimmt die SPÖ-Führung in Kauf, dass bis zu kommenden Wahlen alle zwei Wochen unschuldige Kinder aus der Zeit im Bild lugen?

In Wirklichkeit müsste alleine nach den jüngsten, offenkundig ungerechten Abschiebungsfällen jede rote Ministerin und jeder rote Abgeordnete sagen: „Bevor den akut Betroffenen kein humanitäres Bleibeerecht erteilt wird und bevor künftig Betroffene nicht durch ein ordentliches Bleibeerecht geschützt werden, gibt es im Ministerrat/Nationalrat keine Zustimmung mehr zu irgendetwas.“ Das wäre einmal eine prinzipielle Willensbekundung, ein Signal politischer Lebendigkeit und eine klar ersichtliche Grenzziehung.

NIKOLAUS KOWALL ist Vorsitzender der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund.

## Keine kollektive Schuldvermutung

BERND MARIN



Jüngst hatte ich eine Polizeiarbeit über „Fahrten mit dem Volk der Roma und Sint“ scharf kritisiert.\* Einzelne selbsternannte Verteidiger des Polizeikommandanten fühlten sich berufen, wortreich die Sinnhaftigkeit pauschaler Betrugsverdachts gegenüber „fahren-dem Volk“ zu begründen, andere, mich als „linken Gesinnungs-terroristen der 68er-Generation“ zu entlarven, der „verbale Gülle zigtausendfach zentriert“ und „miese Anwürfe“ als „Rülpser“ von sich gebe. Dagegen schrieb der Angegriffene selbst: „Ihr Artikel (...) hat mich sehr betroffen und nachdenklich gemacht; darüber würde ich gerne mit Ihnen reden.“

Roblesse oblige: Als Ergebnis des Gesprächs und Nachdenkens schickte Herr Oberst L. folgende Erklärung:

„Besondere Vorsicht geboten: Ein Nachtrag in eigener Sache.“

In der letzten Ausgabe der Gemeindezeitung habe ich vor Betrugern unsterben Auftenthalts gewarnt, die in unserem Bezirk für das oftmals sachgemäße Schleifen von Werkzeugen stark überhöhte Preise verlangen und die Geschädigten und noch einschüchtern und bedrohen. Die Kritik die sich an meiner Kolonne entzündet hat, hat mich in ihrer Schärfe bestürzt, aber auch zur Einsicht gebracht, dass ich meine Worte sorgfältiger hätte wählen müssen.

Ich hatte nämlich, ungewollt, einen Zusammenhang zwischen der Volksgruppe der Roma und den erwähnten Betrugern hergestellt, als wäre die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie für die Straftaten Einzelner von Belang. Das „fahrende Volk“ ist in sei-

ner Gesamtheit weder besser noch schlechter als das sesshafte und verdient ebenso viel Respekt wie jedes andere. Davon war und bin ich überzeugt, habe aber durch die Art der Darstellung offenbar den Eindruck erweckt, in den Chorfür jener einzustimmen, die rassistische Vorurteile schüren und damit das friedliche Zusammenleben der Menschen unterminieren.

Als Polizist und als politischer Mandatar sehe ich es als meine vornehmliche Aufgabe an, für ein gedehliches Miteinander zu sorgen. Dafür, dass Gesetze eingehalten und Gesetzesbrecher zur Verantwortung gezogen werden, aber ebenso dafür, die Menschenrechte zu verteidigen und Minderheiten zu schützen. Entgegen meiner Absicht ist es mir in der berechtigten und notwendigen Warnung vor Betrugsdelikten nicht gelungen, den Generalverdacht der Kriminalität gerade von den Roma zu nehmen, die starken Verfolgungen in vielen Ländern Europas ausgesetzt sind. Für dieses Versäumnis möchte ich mich entschuldigen.“

Für diese einfühlsame und kluge Richtungstellung ist Herrn Oberst L. Hochachtung und Dank zu zollen. Er schafft ein für alle Mal unablässiges Gift beiseite, an dem ein paar Trittbrettfahrer sich sogleich genüsslich delektieren. Es zeugt auch von menschlicher Größe und Klasse und verdient Respekt. Fehler zu korrigieren. Schämten brauchen sich jetzt nur noch jene, die weiterhin allen Ernstes Kollektivschuldvermutungen verfechten. Sie schließen wohl auch von einem betrügerischen Madoff auf „Erfahrungsgemäß mit dem jüdischen Volk“ oder verlangen von „Streithansln“ wie mir „hinaus aus Paasdorf, oder wo immer Sie sich eingemischt haben“. Sie könnten von Oberst L. lernen. (\*DER STANDARD, 21. 9. 2010)

# Appell an die Bürgerlichen

GASTKOMMENTAR VON NIKOLAUS KOWALL

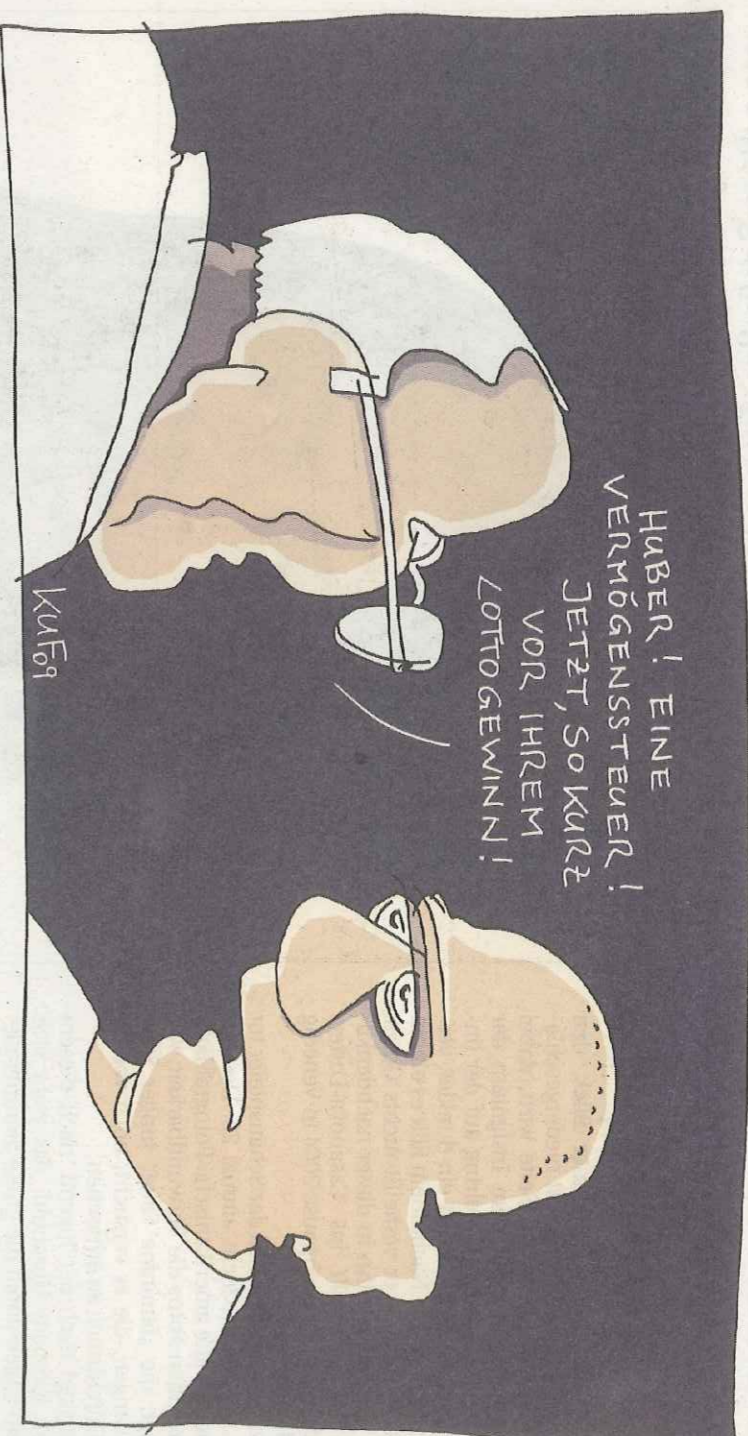


Bei der Debatte um die Vermögenssteuer zeigt sich: Institutionen wie Raiffeisen oder die Industriellenvereinigung sind jederzeit bereit, ihre Interessen gegen empirische Fakten auszuspielen.

Mein Großvater (\*1922) ist einer jener Nachkriegsunternehmer, die von der Stunde null an zum Wiederaufbau beigetragen haben. Sein Mittelbetrieb wuchs bis in die 1980er-Jahre zum größten Schotterproduzenten Österreichs. Die Begeisterung ob der Tatsache, dass sein Enkel ein Volkswirt sozialdemokratischer Gesinnung ist, hält sich in Grenzen. Zumindest können wir uns meist über die sozialstatistischen Fakten einigen, entlang derer wir politisch diskutieren. Diese prinzipielle Sachlichkeit in der Debatte setzt bei ihm jedoch in einer Frage aus: Das Thema Vermögenssteuer wird stets zur emotionalen Kontroverse. Er sieht dabei sein Lebenswerk, alles, womit er sich identifiziert, von neiderfüllten Staatsbürokaten bedroht. Empirische Daten werden plötzlich sekundär.

## Kapitaleinkommen steigen

„Tun wir nicht so, als ob es in Österreich Verteilungsgerechtigkeit gäbe!“, tönte Josef Pröll am 19. Mai im 2009 im Nationalrat. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Thinktanks „Berlinoipolis“ gibt Pröll auf den ersten Blick recht. Wir liegen bei der Einkommensverteilung in der EU auf Platz neun von 25, für die Vergleichsdimension Raum kein dramatischer Wert. Doch die Dimension Zeit relativiert die räumliche Mittelposition drastisch: Am 30. Dezember 2008 hieß es in der „Presse“, dass die Schere innerhalb der Lohneinkommen aufsteigt. Das unterste Zehntel erzielte nur noch 88 Prozent seines Realeinkommens von 1998, während das oberste Zehntel real um fünf Prozent zulegen. Überdies ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen laut „Presse“ vom 22. September 2007 von 72 Prozent Mitte der 70er-Jahre auf aktuell 57 Prozent gesunken, stärker als in fast allen anderen EU-Staaten. Die Kapitaleinkommen steigen entsprechend. Der sinkende Lohnanteil bringt eine Reihe von Finanzierungsproblemen mit sich, weil sich die Sozialversicherungen über die SV-Beiträge der Löhne speisen. Wenn der Anteil der Kapitaleinkommen markant gestiegen ist, wäre es dann nicht fair, diese in die Finanzierung der Sozialsysteme einzubeziehen? Das Gegenteil ist der Fall: Am 13. Juli 2007 wurde in der „Presse“ die OECD zitiert: Vermögensbezogene Steuern betragen in Österreich nicht einmal einsehnhalb Prozent des Steueraufkommens, im OECD-Schnitt sei deren Anteil viernmal so hoch.



Ökonomen mit einem Fokus auf soziale Fragen betonen die Ungleichheit, werden aber trotz ihrer wissenschaftlich einwandfreien Arbeit als Ideologen wahrgenommen. In der Tat sagen die Wahl des Forschungsfeldes sowie die Schlussfolgerungen viel über eigene Werte aus. Das Zusammentragen der empirischen Daten, also der technische Teil zwischen Themenwahl und Interpretation, steht jedoch innerhalb der volkswirtschaftlichen Community außer Streit. Karl Aiginger, der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), ist kein Linker, doch er weiß, dass seine Verteilungsexperten technisch korrekt arbeiten. Bei diesen handelt es sich keineswegs nur um Rote, auch Christen und Sozialliberale verschließen die Augen vor der Faktenlage nicht und fordern steuerliche Gegenmaßnahmen. Weil genau das ihren Interessen widerspricht, werden sich Industriellenvereiner und Raiffeisen künftig aus der Finanzierung des Wifo zurückziehen.

Es gibt auch Kräfte, die die Bevölkerung bewusst in die Irre führen, allen voran die „Kronen Zeitung“ und die ÖVP-Führung. Christoph Matznetter brachte 2004 die Idee auf, die Kapitalertragssteuer (eine einheitliche Steuer auf Zinserträge) einkommensabhängig für Niedrigverdiener zu reduzieren und für Menschen mit hohem Einkommen anzuhäufen. Als Spaubuchsteuer, unter der die kleine Pensionistin zu leiden hätte, wurde dies von der „Krone“ skrupellos gebrandmarkt. Laut „Presse“

vom 20. März 2007 wurde 2006 die Hälfte des Erbschaftsteueraufkommens von den obersten 1,3 Prozent der Erbfälle bezahlt, 2/3 aller Erben zahlten hingegen im Schnitt 181 Euro. So stellt man sich eine trefflichere Reichensteuer vor. Trotzdem wird die Erbschaftsteuer von der ÖVP-Führung beharrt als Mittelstandssteuer dargestellt. Die ÖVP ist eine große Partei mit einer sehr heterogenen Klientel, die es geschickt versteht, Interessen sozial zu konstruieren. 80 Prozent ihrer Wähler würden von einer „linken Steuerreform“ profitieren. Mittelweile hat Werner Faymann die ÖVP-Mittelstandsfrage übernommen und stellt sich gegen eine Wiedereinführung der Erbschaftsteuer. Faymann ist in Verteilungsfragen schlicht und ergreifend nicht unabhängig. Im Interesse eines Medienoligarchen hilft er bei der Verschleierung empirischer Fakten.

Natürlich berücksichtigen viele Bürgerliche bei ihrer politischen Urteilsbildung neben ihrer Steuerklärung auch gesellschaftspolitische Fragen und wissen beispielsweise den sozialen Frieden und die geringe Kriminalität in Österreich zu schätzen. Wenn man sich durch Abschaffung aller Vermögenssteuern und durch

Stiftungskonstruktionen völlig aus der gesellschaftlichen Verantwortung stiehlt, wird die soziale Polarisierung auf Perspektive aber zunehmen. Spiderman ist nicht nur ein Comic-Held, sondern auch ein kleiner Philosoph. Sein Motto „Große Kraft heißt große Verantwortung“ ist ein Ethos, das vor allem das bürgerliche Lager von den Vermögenden einfordern sollte. Die ÖVP, als seine politische Vertretung, tut das schiere Gegenteil.

## Keine Enteignung

An die Leser der „Presse“ sei folgender Appell gerichtet: Schalten Sie beim Verteilungsthema nicht automatisch auf Konfrontationsmodus; interpretieren Sie den Vorschlag einer Vermögensbesteuerung nicht als Ansage einer Enteignung; behaupten Sie nur dann, dass Unternehmer kinder ihren Betrieb ob der Erbschaftsteuer verkaufen müssten, wenn Ihnen ein einziges reales Beispiel einfällt; bringen Sie die Vermögenssteuer nicht in Zusammenhang mit dem Mittelstand; behaupten Sie nicht, Vermögenssteuern würden den Wirtschaftsstandort schwächen, wenn Sie nicht selbst bereit wären. Ihr Sommerhaus von Altausse im OECD-Ausland zu verlegen, wenn Sie aus persönlichen Interessen Vermögenssteuern ablehnen, dann behaupten Sie nicht, Ihr Partikulärinteresse entspreche dem Interesse der gesamten Gesellschaft; instrumentalisieren Sie nicht die Angst der wenig informierten Menschen für Ihre Zwecke; argumentieren Sie redlich!

Mag. Nikolaus Kowall (\*1982) hat an der WU Volkswirtschaft studiert und ist in der SPÖ Wien aktiv. Derzeit ist er Auslandszivilidiener in Buenos Aires.



meinung@diepresse.com

issenschaftlichen Kor-  
dem einfach katho-

rührend ist es, wie  
in Privatleben schil-  
ner einer der großen  
in verbringt die meis-  
bende nicht etwa bei  
dessen mit hochmö-  
schen aus Politik oder  
oder sonstigen feier-  
ssen, sondern sehr  
vage und spricht er von  
en Familie“, den drei  
us der geistlichen Ge-  
emores Domini und  
rekrätären, mit denen  
und Abendessen ein-

### und-Peppone-Fans

aut er sich dann und  
TV-Film oder eine  
n Camillo und Pep-  
zu den Lieblingsrü-  
ppe. Kleinbürgerlich  
diese Lebensweise  
r mit zehntausenden  
r rund um die Welt  
ehrt er sich dann in  
Wohnung zurück, in  
Möbeln wohnt, die er  
gerjahen als Profes-  
t, um noch zu arbei-

at keine Scheu über  
Alters zu reden: „Ei-  
brdet das Amt einen  
enschen.“ Da findet  
ffenherzige Bem-  
man wird, desto un-  
man.“

für seine Souveräni-  
che Sätze nicht aus  
ipt streichen ließ.  
man den Eindruck,  
nem Menschen zu  
ja bei Interviews  
twa nur selten vor-  
elbst die vorgeblich  
Bemerkungen sehr

### Gräfte

h, dass die Kräfte  
oder staatsnahe Por-  
t

**Gastkommentar.** Österreich braucht Strukturformen und nicht Leistungs-  
kürzungen. Dafür sollten sich unorthodoxe, transideologische Allianzen bilden.

## Das rote Imperium gibt es nicht mehr, der staatsnahe Bereich ist heute schwarz

VON NIKOLAUS KOWALL

**D**ie SPÖ ist in der Wahrnehmung wirtschaftsliberaler Kreise jene Partei, die ihre Maden durch den öffentlichen Speck jagt. Diese Polemik mag um die Korruptionsskandale der 1980er noch punktuell berechtigt gewesen sein. Anno 2010 aber gehört der staatsnahe Bereich überwiegend der ÖVP.

Was wurde aus dem einst stolzen roten Imperium? Die Verstaatlichte ist größtenteils privatisiert, der Konsum ist Geschichte, die Bawag gehört einer internationalen Heuschrecke, die Bank Austria einer europäischen Großbank, der Hauptverband wurde unter Schwarz-Blau gekapert, die Post ist ein teilprivater Dienstleister, Neueinstellungen bei den ÖBB sind seit 1996 am ASVG orientiert.

Privilegien im roten Einflussbereich gibt es nur noch wenige, etwa im auslaufenden Eisenbahnerdienstrecht sowie bei den Beamtinnen der Stadt Wien. Diese Vorrechte sind im Einklang mit dem Vertrauensschutz selbstverständlich zu beseitigen – der Staat ist nicht dafür da eine Klientel zu privilegieren.

Bei genauerer Betrachtung wird offenkundig, dass der öffentliche Sektor und die staatsnahe Wirtschaft in Österreich heute keine sozialdemokratische, sondern eine tiefschwarze Domäne sind.

Von den Pensionsprivilegien in der oberen Liga des staatlichen

2,2 Millionen normale Pensionen“ so Bernhard Schwarz, Chef der staatlichen Pensionskommission.

Die Pensionen künftiger Beamtinnen wurden in vielerlei Hinsicht bereits an das ASVG angepasst, doch die bestehenden Regelungen sind ungerecht und teuer. Die Harmonisierung bei den Jungen wird von jenen, die voll vom alten System profitieren, als Vorwand instrumentalisiert: Es seien bereits schmerzliche Anpassungen erfolgt, hört man dann.

Nicht alle Beamtinnen sind schwarz, aber die ÖVP versteht sich eindeutig als Klientelpartei des Beamtentums. Es ist die schwarz dominierte GÖD, der ihre Mitglieder laut Rechnungshof rund 5000 Nebengebühren sowie stets überdurchschnittliche Lohnabschlüsse verdanken. Es ist die tiefschwarze Lehrgewerkschaft, die nicht nur jedes neue Arbeitszeitmodell bekämpft, sondern die auch Gesamtschule, Ganztagschule und eine einhellige Lehrerausbildung blockiert.

### Geld fließt dem Geld zu

Die „schwarze“ Landwirtschaft ist de facto öffentliche finanziert und hält an der Flächenförderung fest. Das bedeutet, dass landwirtschaftliche Agrarindustriebetriebe, die aufgrund ihrer Größe Kostenvorteile haben, genauso viel Förderung pro Hektar wie kleinere Betriebe bekommen.

Unternehmenssubventionen fallen vielfach sehr großzügig aus

tung und im Gesundheitswesen jegliche Reform blockieren. Erst dieser Tage durften wir erleben, wie Neffe Josef eine ÖVP-Bundesposition im Sinne und Beisein von Onkel Erwin den Interessen der schwarzen Länder opferte.

Wohl sind die Länder seit der Wende in Salzburg und der Steiermark gleichmäßiger zwischen den Großparteien aufgeteilt. Der Föderalismus hat sich jedoch in der ÖVP ideologisch und strukturell über die Jahrzehnte wesentlich stärker verankert als in der traditionell zentralistischen SPÖ.

### Gemeinsame Schnittmengen

Aktuell zeigt sich, dass Einsparen von der Politik als Leistungskürzung und nicht als Strukturreform verstanden wird. Diese Differenzierung ist wichtig, denn Familienleistungen oder die Mindestsicherungsmögen nicht allen gefallen, es sind jedoch zweifellos staatliche Leistungen, die zu 100 Prozent bei den Begünstigten ankommen. Pensionsprivilegien im öffentlichen Sektor oder Wildwuchs in der regionalen Verwaltung sind keine Leistungen, sondern Verschwendung öffentlicher Mittel.

Dementsprechend sind Strukturformen Leistungskürzungen vorzuziehen. Voraussetzung für einen strukturellen Umbau wären unorthodoxe transideologische Allianzen, wobei sich in der ÖVP aufgrund ihrer spezifischen Klientelstruktur deutlich tiefere Gräben aufzufrachten als in der SPÖ.

# Was gibt's da noch zu sudern?

## Die SPÖ-Basis staunt und freut sich über Faymanns Vorstoß

Niki Kowall\*

Selbst eingefleischte Gegner/innen der SPÖ-Regierungsbeteiligung und misstrauische Faymann-Kritiker/innen sind derzeit verdutzt. Bis vor kurzem war das Misstrauen noch wasserdicht, selbst die jüngste Präsentation des Sieben-Punkte Programms zur Vermögensbesteuerung nahm man dem Kanzler nicht ab. Faymann bediene sich nur jener Phrasen die derzeit gut ankämen, er werde sich aber nicht ernsthaft für Vermögenssteuern einsetzen, so führende rote Ökonom/innen. Mit der Initiative zur Finanztransaktionssteuer und den letzten erfreulichen Auftritten in ZIB2 und Ö1-Mittagsjournal wird aber auch der gelernte SP-Fatalist langsam stutzig. Gibt's derzeit nichts zu sudern?

Besonders erfreulich ist der Faymann-Vorstoß aus europapolitischer Sicht, vor allem, weil nach dem *Krone*-Brief und dem sonstigen Desinteresse des Bundeskanz-

lers in Europafragen eine solche Initiativkraft am wenigsten zu erwarten war. In Kooperation mit der deutschen Schwesterpartei zeigt Faymann Engagement auf dem europäischen Parkett. Noch dazu für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, also in eine politische Stoßrichtung, die von europafreundlichen Vollblut-Sozis immer gefordert wurde: Europa nicht nur als Selbstzweck zu betrachten, sondern auch als Mittel zum Zweck – als Vehikel zur Durchsetzung einer Politik im Interesse der großen Bevölkerungsmehrheit. Es geht um die politisch richtige Finanztransaktionssteuer, bei deren Zustandekommen die Menschen noch dazu an Europa demokratisch teilhaben können. Nur so wird die Akzeptanz der EU zu steigern sein.

Die Initiative mit dem europäischen Volksbegehren, also mit einem der neuen Instrumente des Vertrags von Lissabon zu unterfüttern, ist fast schon elegant. Viele kritische Sozialdemokrat/innen

sagen, sie würden es nicht anders machen.

Zu hoffen bleibt, dass die Sozialdemokratie überdies die aktuellen Gefahren erkennt und benennt. Es gibt Versuche, die Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus in eine Krise des Sozialstaates umzudeuten. Auch ist man bemüht, die Auseinandersetzung „Bevölkerung gegen Finanzeliten“ durch die Konfrontation „Nordeuropa gegen Südeuropa“ zu verdrängen. Die SP-Führung wäre gut beraten, sich jedem nationalen Populismus radikal entgegenzustellen, die EU-Solidarität zu betonen und alle Versuche, sozial Schwache, Arbeitslose und Migranten als Sündenböcke darzustellen, mit aller Kraft abzuwehren. Prinzipiell scheint die SPÖ diesbezüglich auf dem richtigen Dampfer, es fehlt vielleicht noch ein bisschen an Selbstbewusstsein und Entschlossenheit.

\*Vorsitzender der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund

B-1

B-2